

Schule. Wirtschaft. Leben.



Beschlossen auf dem Bundeskoordinationsausschuss
der Schüler Union Deutschlands
am 02. und 03. Juni 2012
in Bremen

1 **Einleitung.**

2
3 Schule ist kein Selbstzweck, sondern muss die Grundlagen für
4 lebenslanges Lernen legen. Gerade das differenzierte Schulsystem
5 ermöglicht jedem Kind die individuelle Entfaltung und Ausnutzung seiner
6 Chancen. Nur durch eine solide Bildung ist ein erfülltes Leben in Freiheit,
7 Selbstbestimmung und Wohlstand möglich.

8
9 Die wirtschaftliche Entwicklung ist maßgeblicher Faktor für den
10 Wohlstand unseres Landes. Daher dürfen Wirtschaft und Schule nicht
11 als zwei getrennte Systeme gesehen werden. Schule muss demnach
12 auch fürs spätere Arbeitsleben ausbilden. Die Wirtschaft muss
13 Fachkräfte ausbilden, gleichzeitig aber an der stetigen Verbesserung der
14 schulischen Bildung stärker beteiligt werden.

15
16 Wir stehen zum Leistungsprinzip in der Schule. Dem Leistungsgedanken
17 muss weiterhin eine zentrale Bedeutung im Schulalltag zukommen.
18 Schüler, aber auch Schulen müssen untereinander ihre Fähigkeiten
19 unter Beweis stellen. Leistung und Leistungsbereitschaft sind die
20 Grundlage der sozialen Marktwirtschaft.

21
22 Wir brauchen eine Stärkung des Einzelnen statt einer zunehmenden
23 Gleichmacherei. Individuelle Förderung steht für uns an erster Stelle.
24 Diese kann aber nur durch weiteren Einsatz der öffentlichen Hand und
25 zunehmend der Wirtschaft gewährleistet werden.

26
27 Bildung und Wirtschaft haben zwei grundverschiedene Aufgabengebiete,
28 aber ein gemeinsames Ziel, nämlich die Bundesrepublik Deutschland in
29 eine erfolgreiche Zukunft zu führen. Bildung heißt Förderung
30 gleichermaßen wie Forderung und setzt Leistung voraus, die Wirtschaft
31 benötigt wiederum leistungsbereite junge Menschen.

32
33 Sie entscheiden über Fortschritt und Wohlstand einer Gesellschaft, aber
34 auch eines jeden Einzelnen. Im Folgenden stellen wir bestehende
35 Modelle vor und skizzieren unsere Vorstellung, wie Schule und
36 Wirtschaft diese immensen Aufgaben gemeinsam bewältigen können.

37 38 **Wirtschaft als integraler Schulbestandteil.**

39
40 Damit Deutschland auch zukünftig eine Bildungsnation mit
41 hochqualifizierten Arbeitskräften bleibt, muss die Verzahnung des
42 Bildungssystems mit den Anforderungen der Wirtschaft noch deutlich
43 verbessert werden. Insbesondere in den eher berufsbildenden

44 Schulformen von der Berufsschule bis zur Hauptschule muss Wirtschaft
45 als integraler Schulbestandteil verankert werden.

46

47 Das bisherige System der Hauptschulen muss dahingehend reformiert
48 werden, dass die Praxisanteile massiv ausgebaut werden. Dies wird
49 nicht nur die Qualität der Lehre und die Motivation der Schüler, sondern
50 auch die Akzeptanz für die Schulform deutlich erhöhen. Aus unserer
51 Sicht ist dies ein zielführender Weg, anstatt der ersatzlosen
52 Zusammenführung mit der Realschule, der gegangen werden muss.

53

54 In Zukunft soll jeder Hauptschüler in seinen letzten beiden Schuljahren
55 auch zwei Tage in der Woche in einem Ausbildungsbetrieb arbeiten.
56 Pilotprojekte in den Bundesländern mit sog. SchuB-Klassen (Schule und
57 Beruf) haben gezeigt, dass die durchschnittlichen Schulleistungen bei
58 teilnehmenden Schülern dramatisch verbessert wurden und die
59 Abbrecherquote signifikant gesunken ist. Deshalb muss es oberstes Ziel
60 der Bildungspolitik sein, entsprechende Kooperationen für alle
61 Hauptschulen im Bundesgebiet einzugehen.

62

63 In allen Schulformen wollen wir die Kooperation und Förderung durch die
64 Wirtschaft zulassen. Durch eine tragfähige Kooperation kann der
65 Praxisbezug hergestellt, die Motivation der Schüler gestärkt sowie die
66 angespannte Finanzsituation der Schulen deutlich entschärft werden. Im
67 Zuge der sich verschärfenden Nachfrage nach qualifizierten
68 Arbeitskräften (War of Talents) haben Unternehmen ein enormes
69 Interesse an einem Engagement an der Schule.

70

71 Dabei muss gewährleistet werden, dass die Unabhängigkeit der Bildung
72 erhalten bleibt. Die finanziellen und ideellen Engagements der
73 Unternehmen sollen auf einer zentralen Seite des jeweiligen
74 Kultusministeriums jederzeit einsichtig sein. Wir wollen eine klare
75 Transparenz bei der Kooperation. Bedenken, dass Unternehmen die
76 Bildungsinhalte beeinflussen könnten, teilen wir nicht. Insbesondere, weil
77 die Kooperation zwischen Universität und Wirtschaft seit Jahren zu
78 beiderseitigem Vorteil praktiziert wird.

79

80 Um das Projekt anzustoßen, ist auf Landesebene eine
81 Koordinationsstelle zu schaffen, die bei der Anbahnung von
82 Kooperationen vermittelt und unterstützt. Als Vorbild ist hierbei die
83 Koordinationsstelle in Bayern zu sehen.

84

85 Aus unserer Sicht ist die Verkürzung der Bildungsdiskussion auf das
86 Abitur nicht nur irreführend, sondern auch nicht nachvollziehbar. Das

87 duale Bildungssystem in Deutschland ist maßgeblicher Treiber für den
88 Wohlstand in Deutschland.

89

90 **Schülerengagement fördern und fordern.**

91

92 Schülern muss auch im Rahmen ihrer Schullaufbahn die Möglichkeit
93 geboten werden, umfangreiche praktische Erfahrung zu sammeln.
94 Oftmals ist ein Praktikum in der Mittelstufe bereits heute ein fester
95 Bestandteil der Lehrpläne. Dieser positive Ansatz wird aber von der
96 Kürze des Praktikums konterkariert.

97

98 Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Praktika grundsätzlich zeitlich so
99 gelegt werden, dass interessierte Schüler die Möglichkeit haben, das
100 Praktikum auch auf ihre Ferien zu verlängern. Praktika sollen deshalb
101 immer direkt vor den Schulferien eingeplant werden. Die Schule soll in
102 Zukunft auch aktiv dabei helfen, interessierte Schüler für Praktika zu
103 vermitteln. Häufig bestehen bereits Kontakte in die Wirtschaft bzw. sollen
104 nach Ansicht der Schüler Union unter den oben beschriebenen
105 Maßnahmen ausgebaut werden. Diese Kontakte sollen im Interesse der
106 Schüler für Praktikumsvermittlungen genutzt werden.

107

108 Neben dem bisherigen Praktikum im wirtschaftlichen Umfeld setzt sich
109 die Schüler Union Deutschlands für ein zweites Pflichtpraktikum im
110 sozialen Bereich ein. Dieses soll den Schülern als möglicher späterer
111 Arbeitsplatz näher gebracht werden und so auch im Zuge des Wegfalls
112 des Zivildienstes Schüler für die soziale Arbeit begeistern.

113

114 Grundsätzlich muss die Schule Anstrengungen unternehmen, das
115 Engagement von Schülern zu fördern. Geplante Auslandsaufenthalte
116 sollen nach Möglichkeit unterstützt werden. Die bisher übliche
117 Notwendigkeit zur Wiederholung der Klasse soll bei einem
118 vorangegangenen Auslandsaufenthalt, soweit möglich, aufgehoben
119 werden und die Schulzeit damit durch einen Auslandsaufenthalt nicht
120 verlängert werden.

121

122 Auch bei der Gründung von Schülerunternehmen sollen Lehrer als
123 kompetente Ansprechpartner zur Verfügung stehen und die engagierten
124 Schüler unterstützen. Mit der Gründung eignen sich Schüler wertvolle
125 Fähigkeiten und Kenntnisse an, die es zu fördern gilt. Lehrer sollen aktiv
126 auf die Möglichkeiten, ein Unternehmen zu gründen, hinweisen. Auch
127 hier sind Patenschaften, insbesondere von regionalen Unternehmen,
128 sinnvoll und hilfreich.

129

130 **Praxisbezug im Unterricht.**

131

132 Das Praxiswissen der Wirtschaft bietet viele Möglichkeiten, den Schülern
133 Perspektiven zu geben und den Unterricht interessanter und lehrreicher
134 zu gestalten.

135

136 Eine intensive Vorbereitung ist die Voraussetzung für einen guten Start in
137 die Arbeits- und Berufswelt. Um einen guten Übergang von der Schulwelt
138 in die Arbeitswelt zu sichern, ist es wichtig, diesen fließend zu gestalten.
139 Unternehmen und deren Aufgabenfelder im Rahmen der
140 Berufsorientierung im Unterricht vorzustellen, ist ein wichtiger Aspekt
141 dieses Übergangs.

142

143 Neben der intensiveren Information zur Berufsorientierung müssen
144 Schüler besser auf die späteren Herausforderungen in
145 Ausbildungsstellen und Arbeitsplätzen vorbereitet werden. Daher
146 müssen Workshops zu Bewerbungsverfahren, insbesondere zu
147 Bewerbungsgesprächen, angeboten und durch die Wirtschaft unterstützt
148 werden.

149

150 Darüber hinaus fordert die Schüler Union Deutschlands Unternehmen
151 und Schulen auf, sich lokal zu vernetzen, um Vorträge von Wirtschaft
152 und Wissenschaft in den Schulen, aber auch Betriebsbesichtigungen in
153 den Unternehmen zu ermöglichen. Dabei soll die Besichtigung nicht den
154 Charakter eines Ausflugs haben, sondern den im Unterricht behandelten
155 Stoff vertiefen und sinnvoll ergänzen. Maßgeblich für den Bezug zur
156 Praxis und das Verständnis für die Sinnhaftigkeit von Lerninhalten sind
157 die enge Verzahnung mit der örtlichen Wirtschaft. Vorträge von
158 Praxispartnern können dabei nicht nur den Unterricht lebendiger
159 gestalten, sondern auch ein tieferes Verständnis für die Materie
160 vermitteln. Wir fordern deshalb, Praxisvorträge als festen Bestandteil in
161 den Unterricht zu integrieren.

162

163 Eine solche Vernetzung der lokalen Partner verschafft dem Unterricht
164 einen größeren Praxisbezug und erweitert den Horizont für die Wahl des
165 weiteren Berufs- oder Bildungsweges. Besonders im MINT-Bereich
166 (Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik) ist ein solcher
167 Praxisbezug längst überfällig, um für die zukunftsweisenden und
168 vielfältigen Naturwissenschaften zu werben, denen Schüler oft mit
169 Desinteresse begegnen.

170

171 Schülern müssen in Vorbereitung auf das spätere Leben schon früh
172 wirtschaftliche Zusammenhänge näher gebracht werden. Die Schüler

173 Union fordert daher, im Politik-, Gesellschafts-, und Wirtschaftsunterricht,
174 den Schwerpunkt auf die grundlegenden Wirtschaftskonzepte und die
175 Funktionsweisen unserer sozialen Marktwirtschaft zu legen.

176
177 Ein weiterer Ansatzpunkt der Zusammenarbeit sind die oft von Seiten der
178 Arbeitgebervertreter bemängelten sozialen Kompetenzen. Der Einstieg
179 ins Berufsleben wird erheblich erschwert, wenn grundlegende
180 Fähigkeiten wie Selbstorganisation, Souveränität, Teamgeist oder
181 Empathie nicht vorhanden sind. Es darf nicht sein, dass sich
182 beispielsweise Schreinermeister darüber beklagen, dass ihre
183 Auszubildenden mangelnde Kenntnisse in den Grundrechenarten
184 mitbringen.

185
186 Zunehmend wird die Vermittlung von Methodenkompetenz und
187 grundlegenden Tugenden wie Pünktlichkeit, Aufrichtigkeit und Integrität
188 in den Elternhäusern vernachlässigt. Die Schule muss an diesen Stellen
189 auch ihrem Erziehungsauftrag gerecht werden und ist dringend zur
190 Erarbeitung entsprechender Konzepte gefordert.

191
192 Der Erwerb von Methodenkompetenz und die Charakterbildung sind
193 wichtige Bestandteile der Entwicklung eines Schülers. Die Schüler Union
194 Deutschlands begrüßt Fortbildungen der Lehrer in diesem Bereich, lehnt
195 jedoch ein eigenes Schulfach hierfür ab. Besonders die Charakterbildung
196 ist eine gesellschaftliche Aufgabe, für die nicht nur Lehrer verantwortlich
197 sein dürfen. Daher muss die Familie bei der Bewältigung dieser Aufgabe
198 unterstützt werden. Christdemokratische Familienpolitik ist dadurch
199 gekennzeichnet, dass sie die Familie in den Mittelpunkt stellt. Staatliche
200 Erziehung ist nur als Ergänzung zu familiärer Erziehung zu betrachten.

201

202 **Fazit.**

203

204 Für uns steht fest: Bildung ist unser wichtigster und wertvollster Rohstoff.
205 Nur ein erfolgreiches Bildungssystem sichert daher den Wohlstand
206 unserer Gesellschaft. Und erfolgreich kann das Bildungssystem nur
207 sein, wenn es durch seine Gliederung auf die individuellen
208 Anforderungen eines jeden Schülers eingeht.

209

210 Die Bildung unserer Bürger entscheidet über die Zukunft Deutschlands.
211 Wir brauchen kluge Köpfe, die ihren Beitrag in Wirtschaft und
212 Gesellschaft leisten können. Wir können uns es nicht leisten, Schüler am
213 Arbeitsmarkt vorbei auszubilden. Nur ein intensiver Dialog zwischen
214 Verantwortlichen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft kann dies
215 sicherstellen.

216

217 Schule und Wirtschaft sind daher Partner für die Zukunft, die gemeinsam
218 an der Bildungsrepublik Deutschland bauen sollen. Statt ideologischer
219 Ablehnung fordern wir mehr Engagement der Wirtschaft in den Schulen.